Offen Linke gegen Fluglärm:

„Mensch vor Militär“

Antrag im Bundestag geplant

ANSBACH (pm/mhz) – Die Fluglärmkommission ist nach Ansicht von Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die beste Plattform für lokale Lösungen der Lärmproblematik in und um Katterbach. Die Offene Linke Ansbach bezeichnet hingegen die gesetzlichen Bestimmungen als „völlig unzureichend“.

Schmidt weigere sich beharrlich, der Stadt entgegenzukommen, schreibt Boris-André Meyer, Ansbacher Stadtrat der Offenen Linken, in einer Pressemitteilung. Der Staatssekretär hatte in einem Schreiben erklärt, dass durch die geforderte Festschreibung eines Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr sowie ein kategorisches Überflugverbot aller Wohn- und Mischgebiete eine „angemessene Einsatzvorbereitung der Armee“ nicht mehr möglich wäre und deshalb nicht in Aussicht gestellt werden könne. Doch werde sich die Offene Linke weiter dafür einsetzen, dass auch in Ansbach „Mensch vor Militär“ gehe, erklärt Meyer; für Schmidt hingegen sei offenbar das ungehinderte Üben der Militärs wichtiger als das Bürgerwohl.

Meyer kündigte an, dass man die Fraktionen des Deutschen Bundestages über die Lage informieren werde; so habe die Linke bereits Unterstützung signalisiert. Ziel sei es, den Stadtratsbeschluss zur Eindämmung des Fluglärms als Antrag im Parlament einzubringen, um das US-Militär in Ansbach „dauerhaft in die Schranken zu weisen“. Meyer äußerte überdies die Befürchtung, dass es ansonsten nach einer Rückkehr der Truppen aus dem Ausland immer wieder „Lärmsommer wie 2009“ geben werde.

Fränkische Landeszeitung, 9.1.2010